

Mahmut Özdemir
Mitglied des Deutschen Bundestages



Bärbel Bas
Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-
Bundestagsfraktion

Gemeinsame Pressemitteilung der Duisburger MdB Bärbel Bas und Mahmut Özdemir vom 18.09.2020

Bundestag beschließt bisher einzigartige Entlastung der Kommunen - Duisburg profitiert massiv

Duisburg, 18.09.2020

Mahmut Özdemir MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-73819
Fax: +49 30 227-76403
mahmut.oezdemir@bundestag.de

Bärbel Bas MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-75607
Fax: +49 30 227-76607
baerbel.bas@bundestag.de

„Wir entlasten unsere Kommunen! Der Bundestag beschließt eine massive finanzielle Unterstützung der Kommunen und ändert dafür sogar das Grundgesetz. Auch die Stadt Duisburg profitiert davon immens und zwar mit 42,7 Millionen“, erklären die beiden Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Mahmut Özdemir.

Gemeinsam erstatten Bund und Länder die pandemiebedingten Gewerbesteuerausfälle der Städte und Gemeinden in diesem Jahr in Höhe von rund 11,8 Milliarden Euro. Zudem entlastet der Bund die Kommunen langfristig und strukturell bei den Sozialausgaben, indem er seinen Anteil an den Kosten für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung um 25 Prozent erhöht. Dementsprechend verringert sich der kommunale Anteil. Dadurch entstehen für die kommunalen Haushalte zusätzliche finanzielle Spielräume von rund 3,4 Milliarden Euro jährlich. „Dieser Meilenstein war nur möglich, weil die SPD an der Seite der Kommunen steht“, so die Duisburger Bundestagsabgeordneten. Auf Initiative von Olaf Scholz und der SPD wurde der kommunale Solidarpakt als Teil des Konjunkturprogramms verankert.

Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die kommunalen Haushalte zeigen sich besonders deutlich bei der Gewerbesteuer. Im zweiten Quartal 2020 lagen die Gewerbesteuereinnahmen der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen nach Angaben von IT.NRW bei knapp zwei Milliarden Euro. Das waren rund 1,5 Milliarden Euro bzw. 43,5 Prozent weniger als im zweiten Quartal des Vorjahres (damals: 3,5 Mrd. Euro). In Duisburg sind die Einnahmen um mehr als 35 Millionen Euro bzw. 56,8 Prozent gesunken.



„Mit einem Ausgleich der krisenbedingten Gewerbesteuerausfälle in diesem Jahr gewährleisten wir kurzfristig die Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Kommunen. Nur so können wir sicherstellen, dass kein kommunales Schwimmbad schließen muss und keine Schulsanierung aufgeschoben wird. Wir brauchen starke Kommunen und deshalb werden wir genau darauf achten, dass die Landesregierung die Mittel auch fair und präzise an die Städte und Gemeinden weitergibt“ so Mahmut Özdemir Bundestagsabgeordneter für den Duisburger Norden und Nordwesten.

Wichtiger noch ist die Entlastung bei den Sozialausgaben, denn diese wirkt dauerhaft und strukturell. Entlastet werden vor allem Kommunen wie Duisburg, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind. Insgesamt können die kommunalen Haushalte in NRW ab 2020 jährlich mit einer Milliarde Euro mehr rechnen. Für die Stadt Duisburg werden es nach Angaben des Landesministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung jedes Jahr 42,7 Millionen Euro sein.

„Die Entlastung bei den Kosten der Unterkunft leistet zwar auch einen Beitrag zur Vermeidung neuer Schulden, alte Schulden aus Krediten zur Sicherung der Liquidität können dadurch aber gerade in finanzschwachen Kommunen nicht getilgt werden. Insofern bleibt eine Lösung der Altschuldenproblematik auf der Tagesordnung, auch wenn CDU und CSU diese in den zurückliegenden Verhandlungen blockiert haben. Dies lag auch daran, dass NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) das Thema viel zu lange schleifen gelassen hat und sich letztlich nicht gegen die Blockierer und Verhinderer in den eigenen Reihen durchsetzen konnte. Wir erwarten nun aber, dass Armin Laschet zumindest zeitnah eine Landeslösung präsentiert. Nun ist er als Ministerpräsident und Kandidat für den CDU-Parteivorsitz am Zug, die von der Union gepredigte Landesverantwortung wahrzunehmen und den Worten Taten folgen zu lassen“, so Bas und Özdemir.

Bärbel Bas und Mahmut Özdemir sind sich einig, dieser Schritt wird den Duisburger Haushalt in Zukunft entlasten und die wirtschaftliche Erholung der Stadt hoffentlich auch weit nach der Covid-19-Pandemie um einiges erleichtern.